

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1946 bis 1956 Band 4

Das dreigeteilte Land: Ost-, Mittel- und Westdeutschland

Band 4/108: 22.11.1946 – 24.01.1947

22.11.1946

WBZ: In Bremen protestieren am 22. November 1946 Betriebsräte gegen die Ausführung von weiteren Demontagen (x111/248): >>Wir sind nicht gewillt, uns zu unseren eigenen Totengräbern zu machen. ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die Demontagen in Deutschland (x051/111): >>Demontage, Abbau von Produktionsanlagen zur Befriedigung von Reparationsansprüchen der Siegermächte.

Pläne zur Demontage der deutschen Industrie wurden erstmals auf der 2. Quebec-Konferenz zwischen Roosevelt und Churchill erörtert (September 44); es kam schließlich zu einem Kompromiß zwischen der weichen Linie, wie sie US-Außenminister Hull vertrat, und der harten des Morgenthau-Plans.

In Jalta (Februar 45) beschlossen die Alliierten die Beseitigung der Rüstungsindustrie, internationale Kontrolle von Ruhr und Saar und eine umfangreiche Wiedergutmachung (20 Milliarden Dollar).

Im Potsdamer Abkommen vom 2.8.45 vereinbarten sie, ihre Forderungen in den jeweiligen Besatzungszonen einzulösen; wegen des unterschiedlichen Industrieniveaus wurden der UdSSR zudem 10 % der Demontage in den Westzonen zugebilligt. Ziel der Westmächte war die Demontage der deutschen Industrie bis zum Niveau von 1932, wofür im Level-of-Industry-Plan vom 26.3.46 die Demontage von 1.636 Betrieben vorgesehen war.

1947, mit dem offenen Ausbruch des Ost-West-Konflikts, wurden die Westzonen zum potentiellen Alliierten; ein "Revidierter Industriepan" setzte nun die deutsche Industriekapazität von 1936 an, was immer noch einer Demontage von 682 Betrieben entsprach und gewerkschaftliche Proteste und Demonstrationen auslöste. Die UdSSR suchte die Konstituierung eines westdeutschen Staates zu verhindern und stoppte 1948 die bis dahin rigoros durchgeführte Demontage, um für eine gesamtdeutsche Lösung zu werben, die Lieferungen aus der laufenden Produktion ihrer Zone endeten aber erst 1952.

Am 1.9.48 wurde der Demontagestopp in der US-Zone verfügt; Washington drängte nun die Verbündeten, ebenfalls alle Demontagemaßnahmen einzustellen. Mit dem Petersberger Abkommen vom 22.11.49 erreichte die Bundesregierung die weitgehende Einstellung der Demontage, die aber offiziell erst mit dem Deutschland-Vertrag vom 26.5.52 endete. Ihr waren im Westen etwa 8 % des Wirtschaftspotentials von 1936 zum Opfer gefallen.<<

Der deutsche Journalist und Publizist Günter Böldcker (1933-2012) berichtet später über die Demontagen der Besatzungsmächte (x021/470-471): >>... Hunger und Not schienen für lange Zeit das Leben der Deutschen zu bestimmen: Denn die Besatzungsmächte begannen nach der Konferenz von Potsdam mit der Demontage deutscher Industrieanlagen, wie die Großen Drei es vereinbart hatten:

"Deutschland soll gezwungen werden, in größtmöglichem Ausmaß für die Verluste und Lei-

den, die es verursacht hat, und wofür das deutsche Volk der Verantwortung nicht entgehen kann, Ausgleich zu schaffen."

Stahlwerke, Röhrenwerke, Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen, Werften wurden abgebaut und abtransportiert, die Sieger waren gründlich. Doch jedes Werk, das demontiert oder durch einen Eingriff in seine Eingeweide lahmgelegt worden war, bedeutete den Verlust von Arbeitsplätzen und zugleich die Verringerung der Möglichkeiten durch Produktion und Export industrieller Erzeugnisse Geld für den Kauf von Nahrungsmitteln zu verdienen. So erreichte die industrielle Produktion Deutschlands in den ersten Jahren nach dem Krieg nur knapp ein Drittel dessen, was sie vor dem Krieg ausgemacht hatte.<<

26.11.1946

Berlin: Die französische Besatzungsmacht fordert am 26. November 1946 die Sprengung der Berliner Siegestsäule von 1871 (x116/150).

Alle deutschen Denkmäler, die angeblich den deutschen Militarismus und Nationalismus verherrlichen, sollen ebenfalls zerstört werden (x116/151).

29.11.1946

Großbritannien: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) fordert am 29. November 1946 in England ein Ende der bisherigen Reparationspolitik (x111/250).

November 1946

SBZ: Der 16jährige Hubert P. berichtet im November 1946 über seine Internierung im sowjetischen Lager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/103): >>... Im November 1946 wurden ... die Rationen schlagartig gekürzt, pro Tag erhielten wir nur noch 300 Gramm Brot, die Suppe wurde immer wässriger und dünner.

Postwendend setzte die Ruhr ein, Tuberkulose grassierte ohnehin schon, und die Leute starben wie die Fliegen.

Gegen Jahresende war ich furchtbar abgemagert und beging einen schweren Fehler. Ich tauschte den von meiner Mutter gestrickten Pullover gegen drei Tagesrationen Brot. Im eisigen Winter 1946/47 war ich deshalb nahe am Erfrieren, denn jeder besaß an Kleidung nur das, was er gerade auf dem Leib trug. Viele Menschen, die im Sommer verhaftet wurden und nur in dünnen Sachen steckten, gingen an der Kälte elend zugrunde.

Eine schlimme Episode werde ich nie vergessen. Die Brotration wurde immer ganz früh verteilt, noch vor dem Aufstehen. Unter mir lag im Doppelstockbett ein ganz junger Mann, der nachts gestorben war. Ich unterließ früh bei der Essenausgabe die Meldung darüber und nahm dann dem Toten das Brot von der Brust. So weit war man gekommen.

Meine Rettung bestand wohl darin, daß man mich eines Tages zum Kartoffelschälen einteilte. Es mußte ja für 12.000 bis 14.000 das bißchen Essen vorbereitet werden. Am Tage hatten Frauen die Kartoffeln zu schälen, nachts kamen die Männer an die Reihe. Diese täglich 12 Stunden dauernde Küchenarbeit war mein Glück. Da fiel ab und an mal eine Pellkartoffel ab, und ich hatte den Eindruck, daß es mir im Gegensatz zu all dem Sachsenhausener Elend noch relativ gut ging.

Eines Tages hielt man wohl die Sterbeziffer im Lager für zu hoch, die Brotationen wurden auf 450 Gramm erhöht, und das blieb so bis zum Tag meiner Entlassung. ...<<

01.12.1946

SBZ: Die Sowjets gründen am 1. Dezember 1946 eine deutsche Grenzpolizei.

Diese Grenzpolizei untersteht bis zum 15.05.1952 dem Ministerium des Inneren und danach dem Ministerium für Staatssicherheit (x009/163-164).

02.12.1946

USA: Die Außenminister Byrnes (USA) und Bevin (England) unterzeichnen am 2. Dezember 1946 in Washington ein Abkommen über die wirtschaftliche Vereinigung ihrer Besatzungszonen.

Der britische Außenminister Bevin erklärt am 2. Dezember 1946 zur Schaffung der sog. "Bizonne" (x243/160): >>... Während Amerika und wir Lebensmittel und andere lebenswichtige Güter in unsere Zonen in Deutschland eingeführt und bezahlt haben, sind die Erträge aus Exporten der russischen und französischen Zone nicht für eine gemeinschaftliche Verwendung bereitgestellt worden. ...

Der britische Steuerzahler hat genug bezahlen müssen, um den Zusammenbruch unserer Zone zu verhindern. ... Deutschland (soll) selbst die Kosten tragen. ... In der britisch-amerikanischen Zone (soll) die Industrie so schnell wie möglich wieder in Gang gebracht werden. ...<<

03.12.1946

USA: Das US-Kriegsministerium gibt am 3. Dezember 1946 bekannt, daß bisher 270 deutsche und österreichische "Geistesarbeiter" in Nordamerika beschäftigt werden. Diese Zahl will man demnächst auf etwa 1.000 erhöhen (x111/253).

08.12.1946

WBZ: General Koenig (1898-1970, 1945-49 Militärgouverneur der französischen Zone) erklärt am 8. Dezember 1946 vor der Presse (x111/255): >>Frankreich hat kein Interesse an einer Verschmelzung seiner Zone mit der amerikanischen und britischen Zone. ...<<

09.12.1946

WBZ: Vom 9. Dezember 1946 bis zum 5. Januar 1947 erhalten die Deutschen in der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone immer noch tägliche Hungerrationen von 1.529 bzw. 1.534 Kalorien.

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 9. Dezember 1946 (x124/270): >>General Clay hat gestern wieder ein Rede gehalten.

Dabei kam er auf die deutschen Patente zu sprechen, die auch in Zukunft weiter bezahlt werden müßten. Allerdings soll der Erlös nicht uns, sondern den Siegermächten zugute kommen. Die Amerikaner klagen, daß sie für die Beatzung jährlich 2.000.000.000 Dollar ausgeben müssen. Allein die Patente der IG-Farben haben mehr eingebracht. ...<<

11.12.1946

USA: Die Generalversammlung der Vereinten Nationen bestätigt am 11. Dezember 1946 in einer Resolution die "Nürnberger Prinzipien" und erteilt den Auftrag, einen Verbrechenkodex zu formulieren (x086/249) sowie die neuen Grenzen des Deutschen Reiches zu bestimmen.

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas schreibt später über die "Anerkennung oder Revision der Oder-Neiße-Linie" (x028/180-182): >>... Was unter "endgültiger Regelung" zu verstehen sei, ging aus einer Äußerung von Sumner Welles, dem amerikanischen Unterstaatssekretär im Außenministerium, hervor. Er schrieb in diesem Jahr (1946): "Versuchsweise haben sich die vier Mächte auf den Oderlauf als neue Ostgrenze Deutschlands geeinigt. ...

Wenn der Frieden diese vorläufige Entscheidung zur endgültigen machen sollte, würden sie ein Unrecht fortsetzen und sozial und wirtschaftlich einen schweren Fehler begehen, der unweigerlich dauernde Spannung und Unsicherheit in Europa hervorrufen müßte. ...

Ein großer Teil des Gebiets zwischen der Oder und der westlichen Grenze des einstigen polnischen Korridors ist reicher Agrarboden. Ein Teil mindestens solle den Deutschen zugänglich bleiben, sowohl als Nahrungsquelle wie auch als Wohngebiet. Wenn die neue deutsche Grenze mit Polen mit angemessener Rücksicht auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse des deutschen Volkes festgelegt werden soll, müßte sie ziemlich weit östlich der Oder verlaufen."

Bei diesem Stand der Dinge im November/Dezember 1946 trat der Außenminister-Rat in New York zusammen, um den Frieden mit Deutschland zu erörtern. Um die neuen Grenzen zu bestimmen, beschloß er, die Ansichten jener Staaten einzuholen, deren Streitkräfte am gemeinsamen Kampf gegen die Achse teilgenommen hatten.

Wie vorauszusehen, empfahlen sämtliche Länder Osteuropas, die bereits in den sowjetischen Bannkreis geraten waren, die Oder-Neiße-Linie, die von der Sowjetunion und der von ihr beherrschten polnischen Regierung gewünscht wurde.

Die Vertreter Belgiens und der Niederlande erklärten, nach ihrer Meinung werde kein Frieden von Dauer sein, wenn er nicht eine teilweise Rückgabe der unter polnische Verwaltung gestellten deutschen Gebiete einschließe, oder, als Alternative, "eine Regelung, wonach das Land und seine Erträge für das überbevölkerte Deutschland und seinen Nahrungsbedarf zugänglich gemacht werden".

Die südafrikanische Regierung verlangte ausdrücklich eine Revision der polnisch-deutschen de facto (vorläufigen) Grenze und lehnte "jeden Versuch ab, große, dem Wesen nach deutsche Wohngebiete zu verriegeln". Andererseits gab die Regierung zu, daß "eine gemäßigte Berichtigung der Grenzen zugunsten Polens möglich sein sollte".

Kanadas Regierung empfahl einerseits, daß man nicht einer großen Anzahl Deutscher gestatten sollte, außerhalb der künftigen deutschen Grenze zu leben, bemerkte dann aber, daß "übertriebene Verschiebungen der Bevölkerungen, die aus politischen Gründen ohne Rücksicht auf wirtschaftliche und soziale Bedingungen unternommen werden, schwere Nachteile mit sich bringen und vielleicht zu ernststen Gefahren führen".

Die Regierung von Australien schlug vor, daß "bei der Grenzziehung die Atlantik-Charta berücksichtigt wird, wobei allerdings zu bedenken ist, daß bestimmte Ansprüche, die aus Sicherheitsgründen gestellt werden, von überragender Bedeutung sein können".

Da die Atlantik-Charta vorschrieb, "keine territorialen Veränderungen" vorzunehmen, "die nicht mit den frei geäußerten Wünschen der betroffenen Völker übereinstimmen", und da die Charta der Vereinten Nationen besonders den Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker (Artikel 1 und 55) betont, hätten ja wohl, mindestens nach Ansicht der australischen Regierung, die Millionen Deutschen, die bereits aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße vertrieben worden waren, und die Millionen, denen dieses Schicksal für 1947 und 1948 noch bevorstand, befragt werden sollen.

Andererseits war der Artikel 107 ("Feindstaatenklausel") in die Charta der Vereinten Nationen ausdrücklich aufgenommen worden, um den siegreichen Alliierten freie Hand bei der Behandlung der Deutschen zu geben. Weder die Atlantik-Charta noch der Leitgedanke der Selbstbestimmung in der Charta der Vereinten Nationen wurden von den meisten Mitgliedern der Vereinten Nationen als Hindernis für eine harte Behandlung Deutschlands angesehen.

So empfahl also keine der befragten Regierungen eine "restitutio in integrum". Eine solche "Wiedereinsetzung in den vorigen Stand" hätte bedeutet, daß Deutschland die Gebiete östlich von Oder und Neiße zurückerhalten hätte, aber alle waren sich offenbar darin einig, daß ein Teil des Landes für immer Deutschland genommen und Polen gegeben werden solle. Einige Regierungen lehnten es ab, ihre Ansicht über ein Thema zu äußern, das ihnen vermutlich gleichgültig war.<<

15.12.1946

WBZ: Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 15. Dezember 1946 (x124/272): >>... Frankreich hält immer noch über 600.000 Kriegsgefangene zurück, von denen mehr als ein Drittel in der Land- und Forstwirtschaft, 56.000 im Bergbau, 37.000 im Baugewerbe, 12.000 beim Brückenbau, 10.000 in der Eisenindustrie arbeiten und 30.000 Minen räumen. Im ganzen gibt es dort 115 Gefangenenlager ...<<

19.12.1946

WBZ: Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 19. Dezember 1946 aus Bayern (x124/273): >>In der Amtsstube (herrscht) schreckliche Kälte; wir rückten so nahe an unseren Elektro-Ofen, daß unsere Kleider zu rauchen anfangen.

Mittags versuchte ich vergeblich, etwas zu erledigen. Die verhungerten und frierenden Leu-

te, die in den Geschäften herumstanden, taten mir leid.

Nachmittags der Besuch eines Schauspielers, der seine Erlebnisse im US-Gefangenenlager Heilbronn erzählte. Sie waren den Tschechen-Greueln durchaus ebenbürtig, die wir durch Monate übersetzt hatten.

Zu Hunderten ließ man die Gefangenen verhungern, während die Wachen die ihnen abgenommenen Lebensmittel vernichteten. Armlose, Beinamputierte versanken im Morast, ohne daß man den Gesunden gestattete, ihnen beizustehen – und das nicht etwa im Rachetaumel der ersten Wochen, sondern Monate hindurch, in systematischer Vernichtungswut.

Die Ereignisse in einem besiegten Land sind wahrlich nicht dazu angetan, das Schuldgefühl des Besiegten zu stärken. ...<<

20.12.1946

Australien: Die australische Regierung betont am 20. Dezember 1946, daß man im Rahmen der Reparationsabkommen möglichst viele deutsche Wissenschaftler nach Australien holen will (x111/259).

21.12.1946

Berlin: Bei der Ausstellung "Wiedersehen mit Museumsgut" können die Berliner Museen am 21. Dezember 1946 lediglich 98 Kunstwerke präsentieren.

Später kommen zwar zahlreiche beschlagnahmte Kunstwerke nach Berlin zurück, aber die Rückgabe der während des Zweiten Weltkrieges geraubten deutschen Kunstgüter wird nie offiziell geregelt.

Ein Wissenschaftler der Stiftung "Preußischer Kulturbesitz" schreibt einige Jahrzehnte später (x116/155): >>Die Fehlliste in beiden Teilen der Stadt zeigt, daß in vielen Fällen gerade das Einzigartige, Wertvollste und Unersetzliche aus dem Altbestand als vernichtet gilt oder verschollen ist.

Sollte der Abschluß eines Friedensvertrages in bisher nicht absehbarer Zeit daran vielleicht etwas ändern können? ...<<

WBZ: Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 21. Dezember 1946 (x124/277): >>... Die argentinische Regierung plant, 4.000.000 europäische Flüchtlinge aufzunehmen. ...

Eine Umfrage in Hamburger Schulen ergab, daß die Hälfte aller Mädchen noch nie eine Puppe gehabt hat und mehr als die Hälfte aller Kinder kein Bilderbuch kannten. 2 Drittel haben noch nie mit einem Buntstift gemalt – alles Dinge, die Kinder in anderen Zeiten, auch wenn sie aus armen Familien kamen, immer erfreuten.

Eines wußten aber alle: Wie man einen Kohlenwagen ausraubt und welche Ausreden man gebraucht, wenn man dabei erwischt wird.<<

22.12.1946

WBZ: Das Saarland wird am 22. Dezember 1946 in den französischen Zoll- und Wirtschaftsraum eingegliedert.

24.12.1946

Berlin: Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtet am 24. Dezember 1946 über den Weihnachtsgottesdienst in einer Berliner Kirche (x111/259-260): >>"Friede auf Erden", sagt der Pfarrer.

Als er die Hände zum Segen erhebt, wird unter seinem Talar eine graue Strickweste sichtbar. Er friert, daß es einen erbarmen kann. Wir frieren ebenfalls. Alles friert.

Um uns, in uns, neben uns. ... Grau und gedrückt hocken die Zuhörer zwischen ihren Bänken. So mögen sie nach dem Dreißigjährigen Krieg in den Kirchen gesessen haben. So jammervoll müde, so armselig und trostlos. ...<<

UdSSR: Deutsche Kriegsgefangene berichten später über den Heiligen Abend 1946 in sowjetischer Gefangenschaft (x130/333): >>In einem Winkel der Baracke wurde ein Adventslied

angestimmt. Niemand war nach Singen zumute. Der Hunger und die Müdigkeit, Elend und Gier machten die Seele matt.

Doch einer nach dem anderen richtete sich auf, dem Gesang zu lauschen und schließlich war auch kein Herz mehr der Botschaft verschlossen, die das Lied verhieß. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtet später über die Bedeutung des Weihnachtsfestes für die Gefangenen (x130/-332-334): >>Trat das religiöse Leben nach außen am deutlichsten durch Gottesdienste in Erscheinung, so kam dem einzelnen Gefangenen das Bedürfnis nach der Religion am stärksten bei kirchlichen Festen zu Bewußtsein. Denn den Heiligen Abend ohne jegliche Feier verbringen zu müssen, wie es besonders in den ersten Jahren nicht selten geschah, war dem deutschen Kriegsgefangenen besonders schmerzlich.

Wohl ließ das Interesse an religiösen Fragen mit den Jahren nach, jedoch zu Weihnachten, da man in den Jahren bis einschließlich 1945, teilweise auch noch später, nicht nur die Familie, sondern auch noch einen Gruß der Angehörigen missen mußte, war man offen für einen Trost in der Religion. ...

Andere kirchliche Feste traten im Lageralltag kaum in Erscheinung, es sei denn, daß Gottesdienste genehmigt oder geduldet waren. Sonst nahm man auch im Rahmen eines bunten Abends oder sonst einer Festvorstellung inoffiziell Bezug auf Ostern. In der Regel gingen aber Ostern, Pfingsten und andere kirchliche Festtage wie jeder andere Tag vorüber. ...

Was aber den deutschen Kriegsgefangenen als ausgesprochene Schikane erschien, daß sie nämlich zu Weihnachten keine arbeitsfreien Tage erhielten, fanden die sowjetischen Stellen als völlig selbstverständlich, da ihre eigenen Landsleute in diesem Punkt ebenfalls kein Entgegenkommen fanden.

Trotzdem war mitunter der 1. Weihnachtsfeiertag arbeitsfrei, mußte allerdings vorher oder nachher wieder an einem Sonntag eingearbeitet werden. Dies wurde aber nur selten gewährt.

...<<

30.12.1946

WBZ: Konrad Adenauer erklärt am 30. Dezember 1946 in der "Rheinischen Post" (x243/-178): >>... Wir sind einverstanden, daß wir völlig abgerüstet werden, daß unsere reine Kriegsindustrie zerstört wird. ...

Ja, ich will noch weitergehen: Ich glaube, daß die Mehrheit des deutschen Volkes einverstanden wäre, wenn wir wie die Schweiz völkerrechtlich neutralisiert würden.<<

31.12.1946

WBZ: Josef Kardinal Frings (1887-1978, 1942-69 Erzbischof von Köln) erläutert am 31. Dezember 1946 während seiner Predigt im Kölner Dom das siebente Gebot "Du sollst nicht stehen ..." (x111/261): >>... Wir leben in Zeiten, da in der Not auch der einzelne das wird nehmen dürfen, was er zur Erhaltung seines Lebens und seiner Gesundheit notwendig hat, wenn er es auf andere Weise durch seine Arbeit oder durch Bitten nicht erlangen kann.<<

Die Presse berichtet am 31. Dezember 1946 über den Büchermarkt des Jahres 1946 (x111/-265-266): >>... Manches Verlagsprogramm blieb Etikette. Die verheißenen Bücher blieben aus.

Ob die Vermutung des Buchhändlers richtig ist, daß der eine oder andere Verlag in erster Linie an Reklame oder rasches Geldverdienen dachte, müssen andere beantworten. Ein gewisser Verlagegoismus war unverkennbar. Es wurden u.a. honorarfreie Nachdrucke planlos bunt herausgeworfen, und die Daseinsberechtigung vieler neuer Bücher ist im Hinblick auf Bedürfnis und Neigung der Leser anzuzweifeln.

Der Gedanke, die große Lücke, die die letzten Kriegsjahre in die Bestände der klassischen deutschen Literatur gerissen haben, durch ein Gemeinschaftswerk lizenzierter Verlage auszufüllen, fand bei den befragten Buchhändlern lebhaften Anklang.

Der Gedanke bezweckt eine gute, einfache Standardausgabe, die in gleicher Ausführung partienweise von den Verlegern herauszubringen wäre. Dadurch würde etwas Spürbares geschaffen und dem Nebeneinander geringer Auflagen – unnötiger Papierverbrauch – ein Riegel vorgeschoben.<<

Belgien: Die Interalliierte Reparationsagentur (IARA) berichtet am 31. Dezember 1946 in Brüssel, daß die deutschen Reparationslieferungen des letzten Jahres 14 vollständige Industrieanlagen, 17 teilweise demontierte Industrieanlagen und 227 Handelsschiffe umfassen (x111/263).

USA: US-Präsident Truman verkündet am 31. Dezember 1946 die "Beendigung der Feindseligkeiten des Zweiten Weltkrieges" und läßt mehrere Kriegs- und Notverordnungen außer Kraft setzen (x028/163): >>Obwohl noch ein Kriegszustand besteht, ist es heute möglich zu erklären, ... daß die Feindseligkeiten beendet sind.<<

Die bisherige nordamerikanische Besatzungspolitik wird jedoch nicht grundlegend verändert.

1946

Ostdeutschland: Von den bis Ende 1946 in den deutschen Ostgebieten angesiedelten Polen stammen rund 1,4 Millionen aus dem an die UdSSR abgetretenen Ostpolen, 237.000 sind repatrierte polnische Displaced Persons aus Mittel- und Westeuropa, und ca. 1.950.000 hat man aus Zentralpolen und aus den südpolnischen Wojewodschaften umgesiedelt (x001/119E-120E).

Nach polnischen Angaben liegen im Jahre 1946 in den ehemaligen deutschen Ostgebieten noch 63,3 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche brach (x001/118E).

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1954 über die polnischen Ansiedlungsbemühungen und Zwangsmaßnahmen in den deutschen Ostgebieten (x001/118E-123E): >>... Erst allmählich setzten die Polen auf den Staatsgütern Traktoren und Maschinen ein, wodurch die Wirtschaft intensiver gestaltet werden konnte. Demgegenüber blieben die kleinen Güter, die im Besitz polnischer Ansiedler waren, weiterhin noch lange völlig vernachlässigt.

Nach polnischen Angaben lagen noch 1946 63,3 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in den ehemaligen deutschen Ostgebieten brach, und 1948 betrug der Anteil der nicht bebauten Fläche immer noch 24,6 Prozent.

An diesen Zahlen wird deutlich, wie wenig der polnische Staat imstande war, die ostdeutschen Gebiete mit ihrer hochintensiven Landwirtschaft zu verwalten und ihre Kapazität zu nutzen. Dies gilt auch für die von der polnischen Verwaltung betriebene Besiedlung des Landes, das man von der einheimischen deutschen Bevölkerung eiligst und radikal entleert hatte.

Es ist bereits dargelegt worden, daß die Ansiedlung von Polen in Ostdeutschland bis gegen Ende des Jahres 1945 wenig organisiert war und im wesentlichen der Willkür einzelner Polen und untergeordneter polnischer Behörden überlassen blieb.

Um die Jahreswende trat in dieser Beziehung eine allmähliche Änderung ein. Am 13. November 1945 wurde ein gesondertes Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete gegründet, das u.a. für die planmäßige Ansiedlung von Polen in den ostdeutschen Gebieten zuständig sein sollte.

Denn obwohl die ostdeutschen Gebiete für die polnischen Ansiedler nahezu eine Freistatt bedeuteten, blieb die Ansiedlung bis zum Ende des Jahres 1945 weit hinter den Wünschen der polnischen Regierung zurück. Nur etwa 1,7 Millionen Polen hatten sich bis zu diesem Zeitpunkt in den deutschen Ostgebieten niedergelassen.

Nach der Errichtung des Ministeriums für die Wiedergewonnenen Gebiete wurde die polnische Ansiedlung in Ostdeutschland nunmehr in jeder erdenklichen Weise forciert, denn nichts erstrebte die polnische Regierung so sehr wie den Nachweis der Notwendigkeit ihres Anspruchs auf die ostdeutschen Provinzen als Aufnahmegebiet für die polnische Überbevölke-

rung, und nichts wünschte sie mehr, als diesen alten deutschen Gebieten so schnell wie möglich einen rein polnischen Charakter zu verleihen.

Hand in Hand mit der Ausweisung der Deutschen, die im Jahre 1946 ihren Höhepunkt erreichte, begann jetzt überall in Polen die systematische Werbung für eine Ansiedlung in den deutschen Ostgebieten.

Da aus dem an Rußland abgetretenen polnischen Land jenseits des Bug nur rund 1,4 Millionen Polen repatriiert und in den deutschen Ostgebieten angesiedelt werden konnten, richtete sich die Ansiedlungspropaganda nun verstärkt an die Bevölkerung Zentralpolens, vor allem an die nach Kriegsende entlassenen Soldaten.

Daneben war man auch bemüht, die zahlreichen infolge der Kriegereignisse und schon früher nach Mittel- und Westdeutschland sowie nach den westeuropäischen Staaten verschlagenen Polen, die zur Kategorie der Displaced Persons gehörten, zur Ansiedlung in den ehemaligen deutschen Ostgebieten zu bewegen.

Selbst unter den seit Generationen im rheinischwestfälischen Ruhrgebiet und in Frankreich lebenden Bergarbeitern polnischer Abstammung versuchten polnische Werbungskommissionen Ansiedler für die unter polnische Verwaltung gestellten Ostgebiete zu gewinnen.

Im Jahre 1946 stand die polnische Ansiedlungsbewegung auf dem Höhepunkt. Nach polnischen Angaben vermehrte sich die Zahl der Polen seit der polnischen Volkszählung vom 14. Februar 1946 bis zum 1. Januar 1947 in den deutschen Ostgebieten um fast 2,5 Millionen auf insgesamt 4.584.000.

Darunter war auch rund eine Million Personen deutscher Staatsangehörigkeit, die bereits früher dort gelebt hatten und von den Polen als Autochthone reklamiert wurden, obwohl der größte Teil von ihnen sich entschieden zum Deutschtum bekannt hatte.

Von den bis Ende 1946 in den deutschen Ostgebieten angesiedelten Polen stammten rund 1,4 Millionen aus dem an Rußland abgetretenen Ostpolen, 237.000 waren repatriierte polnische Displaced Persons aus Mittel- und Westeuropa, und ca. 1.950.000 waren aus den zentral- und südpolnischen Wojewodschaften in die deutschen Ostgebiete umgesiedelt worden.

In den folgenden Jahren nahm die polnische Bevölkerung in den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten nur noch langsam zu. Ende 1948 überschritt die Bevölkerungszahl dort die 5 Millionengrenze, und bis 1952 hat sie sich auf rund 6 Millionen erhöht.

Bedenkt man, daß in dieser Zahl ca. 1 Million Personen ehemaliger deutscher Staatsangehörigkeit einbegriffen ist, die teils als Autochthone, d.h. Masuren, Ermländer, Kaschuben und Ostoberschlesier wegen ihres Dialekts oder ihrer Namensform als Polen reklamiert, teils als unabhkömmliche deutsche Arbeiter nicht ausgewiesen und zur Option für Polen gezwungen worden sind, so ergibt sich, daß in den ostdeutschen Gebieten, soweit sie unter polnischer Verwaltung stehen, nur rund 5 Millionen Polen angesiedelt wurden, während in den gleichen Gebieten vor dem Kriege rund 8,5 Millionen deutsche Staatsangehörige lebten.

Die Verschiedenheit der polnischen Bevölkerungsdichte in den einzelnen ostdeutschen Provinzen und ihr Verhältnis zur deutschen Bevölkerungsdichte vor dem Kriege geht aus der folgenden Übersicht hervor.

Ostdeutsche Provinzen (in den Grenzen der späteren polnischen Wojewodschaften)	Stand vom 17. 5. 1939		Stand vom 1. 10. 1948	
	Einwohner- zahl (deutsche Be- völkerung)	Einwohner pro qkm	Einwohner- zahl (Zurückgeblieb. deutsche u. an- gesiedelte poln. Bevölkerung)	Einwohner pro qkm
Süd-Ostpreußen (Wojew. Bialystok und Allenstein)	1 061 000	48	617 500	27
Ostpommern (Wojew. Stettin)	1 786 000	59,3	1 005 900	35
Ostbrandenburg (Wojew. Grünberg)	661 100	59,5	401 500	36
Niederschlesien (Wojew. Breslau)	3 062 000	124,2	1 905 200	79
Oberschlesien (Wojew. Oppeln)	1 516 800	156,1	1 291 700	133

An der vorstehenden Übersicht wird deutlich, daß die Ansiedlung von Polen in den deutschen Ostgebieten in keiner der einzelnen Provinzen den Bevölkerungsschwund wiedergutmachen konnte, der durch die Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung entstanden war, und daß die Bevölkerungskapazität und damit auch die Produktionskapazität dieser Gebiete unter polnischer Verwaltung in absolut unzureichender Weise genutzt sind.

Breslau, das 1939 weit über 600.000 Einwohner zählte, erreichte 1949 eine Einwohnerzahl von gerade 300.000, und ähnlich verhielt es sich auch in Danzig und Stettin.

Auf dem Lande waren zwar die kleinen Bauernhöfe bereits Ende 1946 nahezu sämtlich an polnische Besitzer übergeben, mehr Schwierigkeiten machte jedoch die Besiedlung der größeren Höfe. Infolge der polnischen Bodenreform, die jeglichen privaten Grundbesitz über 100 Hektar unmöglich machte, konnten diese Höfe nicht an private polnische Eigentümer übergehen, und andererseits bot die Aussicht auf ein bloßes Landarbeiter-Dasein auf staatlichen Domänen wenig Anreiz für Ansiedler.

Man begann deshalb polnischerseits mit der sogenannten genossenschaftlichen Siedlung, die in Abwandlung des Kolchossystems eine Verbindung zwischen Kollektiv- und Privateigentum auf den größeren Gütern vorsah und ähnlich wie in der sowjetischen Besatzungszone zu einer Parzellierung vieler großer Güter führte, die zunächst vom polnischen Staat übernommen, aber infolge des nach der Ausweisung der Deutschen besonders akuten Landarbeitermangels nicht zureichend bewirtschaftet werden konnten.

Dieser Prozeß der Aufteilung der großen deutschen Güter ist noch gegenwärtig im Gange, aber es zeigt sich bereits, daß der größte Teil von ihnen weiterhin in Staatsbesitz bleiben wird, da die polnische Ansiedlungsbewegung heute im allgemeinen als abgeschlossen gelten kann. Im großen ganzen hat die Enteignung und Ausweisung der Deutschen und die Ansiedlung von Polen bewirkt, daß es heute in den ehemaligen deutschen Ostgebieten überwiegend nur noch

landwirtschaftliche Großbetriebe oder Kleinbetriebe bis zu 20 ha gibt. Der bäuerliche Mittelstand dagegen ist stark vermindert und dadurch auch der Lebensstandard der polnischen landwirtschaftlichen Bevölkerung im Vergleich zu dem der früheren deutschen Eigentümer recht erheblich gesenkt worden.

Wie in den anderen Ostblockstaaten und in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands begann auch in Polen seit 1949 eine fortgesetzt radikaler werdende Sowjetisierung aller Lebensbereiche. Diese Entwicklung fing bereits in den Jahren 1945 und 1946 an, als noch Millionen von Deutschen in den polnisch verwalteten Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie lebten, und sie hat nicht wenig dazu beigetragen, daß das Leben der einheimischen Deutschen unter der Verwaltung des polnischen Staates immer unerträglicher wurde.

Die von der kommunistischen polnischen Regierung gelenkten Maßnahmen gegen die Deutschen hatten mit der dem Kommunismus eigenen Radikalität die vorhandenen nationalen Gegensätze noch verschärft durch die gegen die Deutschen als Besitzende gerichteten Bestrebungen und hatten die aus Vergeltungsabsichten gegen die ehemalige Okkupationsmacht unternommene Verfolgung und Unterdrückung der Deutschen unermesslich gesteigert.

Rechtlosigkeit, Besitzlosigkeit, Hunger, Krankheit und Zwangsarbeit drückten die deutsche Bevölkerung jenseits der Oder und Neiße zu einem großen Teil in einen Zustand apathischen Vegetierens hinab, und es wurde auch dafür gesorgt, daß die Deutschen, etwa durch das Tragen weißer Armbinden, als Ausgestoßene sichtbar gekennzeichnet waren. So war es kein Wunder, daß viele von ihnen den Ausweisungsbefehl als eine Erlösung empfanden, denn ihre Heimat war ihnen seit langem entfremdet.

Da die Ausweisungen sich über eine lange Zeit erstreckten und erst in den Jahren 1947/48 allmählich zu Ende gingen, bedeutete dies für viele der in Ostpreußen, Ostpommern und Ostbrandenburg lebenden Deutschen z.T. jahrelange Unterdrückung.

Noch immer aber waren Hoffnungen und der Glaube an eine Besserung unter der deutschen Bevölkerung vorhanden, was sich nicht zuletzt in den zahllosen unter ihnen umgehenden Gerüchten äußerte, die alle von einer bevorstehenden Änderung und dem Ende der polnischen Herrschaft wissen wollten.

Doch schließlich setzte die Ausweisung all diesen Vorstellungen ein brutales Ende. Der Abschluß der Ausweisungen, der für die ostdeutschen Reichsgebiete im allgemeinen Ende 1947 erreicht war, stellte das bedeutsamste Datum in dem Prozeß der Entdeutschung und Polonisierung Ostdeutschlands dar.

Nachdem die polnische Verwaltung bereits vorher die an die deutsche Vergangenheit erinnernden Namen und Zeichen so weit irgend möglich beseitigt und durch polnische Namen und polnische Einrichtungen ersetzt hatte, nachdem Ende Mai 1946 durch die polnische Wojewodschaftseinteilung die historische Überlieferung der alten deutschen Ostprovinzen weitgehend zerschlagen war, wurde nach der vollzogenen Ausweisung der einheimischen deutschen Bevölkerung auch ganz offen zu erkennen gegeben, daß der polnische Staat diese Gebiete nicht nur als seiner Verwaltungshoheit unterstellt, sondern als integrierenden Teil Polens betrachtete.

Ende 1948 wurde das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete aufgelöst und die deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie durch einen völkerrechtlich unzulässigen Verwaltungsakt dem Verband des polnischen Staates eingegliedert.

Durch diesen Schritt gab Polen zu verstehen, daß es die Verwaltungshoheit über Ostdeutschland nicht, wie in Potsdam festgelegt, als ein Provisorium zu betrachten gedenke, sondern diese deutschen Provinzen als einen Teil Polens für immer zu behalten entschlossen sei. Die Polonisierung der deutschen Provinzen östlich der Oder und Neiße sollte damit auch staatsrechtlich abgeschlossen werden.<<

SBZ, Berlin, WBZ: Im Jahre 1946 transportiert man Millionen von ausgeplünderten Vertrie-

benen in den größtenteils zerstörten, ausgebluteten und ausgehungerten Rest Deutschlands. Sie kommen aus allen Gebieten ostwärts von Oder und Neiße sowie dem Sudetenland und aus Ungarn. Nach monatelanger Internierung, schwerer Zwangsarbeit, ungenügender Ernährung und zahllosen Vertreibungsstrapazen sind die Vertriebenen am Ende ihrer Kräfte, so daß viele nach der Ankunft in den mittel- und westdeutschen Besatzungszonen an Entkräftung, Krankheiten und Unterernährung sterben.

Für Millionen von Heimatvertriebenen wird das neue Leben im Westen zu einem jahrelangen Daseinskampf. Überall in Mittel- und Westdeutschland sieht man erschöpfte Vertriebene, die Nahrung und Unterkünfte suchen. Alte Menschen haben es besonders schwer, denn sie sind nach den Zwangsumsiedlungen mehrheitlich vollkommen am Ende ihrer körperlichen und seelischen Kräfte.

Im Westen unterschätzen die Nordamerikaner und Briten zunächst die gewaltigen sozialen Probleme der unmenschlichen Vertreibungsaktionen, so daß die deutschen Vertriebenen zunächst überhaupt nicht oder nur in Massenunterkünften untergebracht werden können. Zahllose geflohene und vertriebene Menschen müssen z.T. monate- oft sogar jahrelang in Wellblechbaracken der Flüchtlings- und Vertriebenenlager vegetieren. In den Behelfsunterkünften ist es im Sommer oftmals sehr heiß, während im Winter gewöhnlich eisige Kälte herrscht. In den westdeutschen Besatzungszonen erhalten die Flüchtlinge und Vertriebenen vielerorts nur Aufenthalts- und Zuzugsgenehmigungen, wenn sie Arbeit finden.

Die deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen können in den Besatzungszonen nirgends ausreichend gepflegt oder untergebracht werden, so daß sich die chaotischen Lebensverhältnisse der Deutschen Ende 1946 dramatisch verschlimmern. Hunger, Not, Elend und ständige Überlebenskämpfe bestimmen damals die Nachkriegszeit der Deutschen. Eine Zukunft scheint es nicht zu geben und an die Vergangenheit will niemand erinnert werden.

WBZ: Der britische Feldmarschall Montgomery erklärt während einer Rede im Jahre 1946 (x268/32): >>... Die deutschen Lebensmittelbeschränkungen werden bleiben. Wir werden sie bei 1.000 Kalorien halten. ... Sie gaben den Insassen von Belsen nur 800.<<

Eine US-Erziehungskommission berichtet im Jahre 1946 über die chaotischen Lebensverhältnisse in Westdeutschland (x243/161): >>... Nirgends in der Welt ist es möglich gewesen, das Gebäude einer erfolgreichen demokratischen Selbstregierung auf der Grundlage des Hungers und der wirtschaftlichen Unordnung zu errichten. ...

Im Juli betrug das Durchschnittsgewicht der 10jährigen Knaben beinahe 10 % unter der Altersnorm. ... Das erschreckende Ansteigen der Tuberkulose beleuchtet die Ernährungskrise sehr eindringlich, während das Auftreten der Krätze die Aufmerksamkeit auf die Folgen des Mangels an Seife und warmem Wasser lenkt. ...<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schreibt später über die Hungerrationen der Nachkriegszeit (x063/619): >>Das Wort "Kalorien" war ein wichtiger Begriff des täglichen Lebens. Noch im Frühling 1945 erhielt der "Normalverbraucher" über 2.000 Kalorien täglich, gegen 2.000 bis 3.000 vor dem Kriege. Dann sank die Kalorienmenge für die anglo-amerikanische Zone auf 1.550 – 1946 und 1947 in Wirklichkeit für längere Zeit auf 700 bis 1.200. Es kann nicht wundern, daß bei dieser Ernährungslage allein in der anglo-amerikanischen Zone im Sommer 1947 wenigstens 40.000 Fälle offener Tuberkulose auftraten. ...<<

Der Bayerische Staatskommissar für das Flüchtlingswesen meldet, daß man im Jahre 1946 in der US-Besatzungszone insgesamt 1.111 Eisenbahnzüge mit 1.183.370 Ausgewiesenen aus der Tschechoslowakei registriert hat. 661 Transporte gehen nach Bayern und 450 Transporte nach Hessen sowie Württemberg-Baden. Ferner werden noch etwa 100.000 Sudetendeutsche, die man bereits 1945 nach Österreich ausgetrieben hat, in die nordamerikanische Besatzungszone abgeschoben (x004/123).

Infolge der großen Kälte lehnt es die britische Militärregierung ab, weitere polnische Vertreibungstransporte abzufertigen, so daß zahlreiche überfüllte Güterzüge nach tagelanger Fahrt umkehren müssen.

Der deutsche Journalist und Publizist Günter Böldcker (1933-2012) berichtet später über die katastrophalen Lebensbedingungen des Jahres 1946 in Deutschland (x021/466-468): >>... Deutschland hungerte.

Die Bevölkerung der amerikanischen Besatzungszone erhielt in den ersten Jahren nach dem Krieg nur noch knapp 2 Drittel der Nahrungsmittel der Vorkriegszeit, die Bevölkerung der britischen Besatzungszone nicht viel mehr als die Hälfte.

Der Pein des Hungers lehrte die Deutschen, was die Gebiete östlich von Oder und Neiße für ihre Ernährung bedeutet hatten.

Dort waren pro Kopf der Bevölkerung jährlich 470 Kilogramm Roggen erzeugt worden – rund viermal soviel wie im Durchschnitt des Reichs.

Dort waren pro Kopf der Bevölkerung jährlich 3 Tonnen Kartoffeln geerntet worden - fünfmal soviel wie im Durchschnitt des Reichs.

Und dort waren, wieder pro Kopf der Bevölkerung gerechnet, 620 Liter Milch jährlich produziert worden, fast doppelt soviel wie im Durchschnitt des Reichs.

Die deutschen Ostgebiete hatten das Deutsche Reich mit einem Viertel seines gesamten Getreideverbrauchs, eines Viertel seines Hackfruchtverbrauchs und mehr als 40 Prozent seines Verbrauchs an Hülsenfrüchten versorgt. Das Land, auf dem all dies geerntet worden war, die Weiden, auf denen das Vieh gegrast hatte, und das Vieh selbst, die Pferde, die Rinder, Schweine – all dies stand jetzt für die Ernährung Deutschlands nicht mehr zur Verfügung.

Die meisten Deutschen hatten in jenen Tagen nicht genug zu essen, die meisten Flüchtlinge aber litten bitteren Hunger. Sie verfügten nicht – wie viele Einheimische - über "Beziehungen" – jene Kenntnisse von Personen und Umständen, die den Zugang zu zusätzlicher Nahrung öffnen konnte. Und so hatten sie nichts, was sie gegen Lebensmittel hätten eintauschen können.

Hunger trieb Flüchtlingskinder dazu, in den Städten die Abfalltonnen auf der Suche nach Nahrungsresten zu durchwühlen. Mitleidige US-Soldaten in Berlin stellten in den Höfen der Gebäude, in denen sie wohnten, dreierlei Tonnen auf – eine für "eßbaren Abfall", eine zweite für "nicht eßbaren Abfall", eine dritte für "ausschließlich Müll".

Das Hilfswerk der evangelischen Kirche in Deutschland wandte sich 1946 in einem Aufruf an Menschen im Ausland mit der Bitte um Hilfe: "Hunger ist mehr als Nichtsattwerden!

Hunger, das heißt: Zu schwach zum Arbeiten, zum Lernen, zum Bestehen im Leben ... zu schwach, um auch die leichteste Krankheit zu überstehen. ...

Hunger, das heißt: Gelähmter Lebenswille und Lebensmut, Gleichgültigkeit gegen das eigene Schicksal, gegen den Mitmenschen, gegen Gottes Schöpfung."

Die Flüchtlinge litten nicht nur ärger unter dem Hunger als die Menschen, die in Westdeutschland zu Hause waren, sie erschienen in aller Regel auch abgerissener, oft zerlumpt. Ihre Besitzlosigkeit und härtere Armut waren augenfällig: Zum Beispiel hatte eins von zehn Flüchtlingskindern, die 1946 eine Schule in der Stadt Oldenburg besuchten, nicht einmal ein Hemd, eins von fünf keine Strümpfe, eins von vier keine Schuhe.

Im Jahre 1946 auch stellten die Flüchtlingskommissare in der amerikanischen Besatzungszone fest, daß sie nur jeden zehnten Vertriebenen oder Flüchtling, der ins Land kam, mit Bekleidung und Wäsche, Decken und Matratzen versorgen konnten, und jeden siebten mit einem Bett, nur jeden zwanzigsten mit einem Ofen oder Herd und nur jeden hundertsten mit einem Topf, einem Teller, einem Besteck. ...<<

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schreibt später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über die Ankunft der deutschen Vertriebenen im Westen (x024/177-179):

>>Die ersten Begegnungen und Erlebnisse mit Deutschen im Westen bedeuteten für die Vertriebenen oft eine zusätzliche Belastung.

Von den Einheimischen wurden sie meist nur als unerwünschte Eindringlinge betrachtet. Sie waren das sichtbare Ergebnis des verlorenen Krieges. Sich um sie zu kümmern, war nicht mitmenschliches Bedürfnis, sondern lästige Pflicht. Von der großen Volkssolidarität – im Dritten Reich noch gerade groß propagiert – war mancherorts nicht viel zu spüren. Oft hatten gerade Mütter mit mehreren Kindern die größten Probleme bei der Aufnahme. Die Bauern auf dem Lande verfuhrten auch hier nach dem Nützlichkeitsprinzip, und so waren sie nicht gerade begehrt. ...

Daß die meisten Vertriebenen kein Geld besaßen, weil ihnen alles abgenommen worden war, konnten viele Einheimische nicht verstehen und hielten diese Menschen daher für "Bettler".

... Von den 16 Millionen Wohnungen, die es in Deutschland 1939 gab, waren 5 Millionen völlig zerstört. 3 Millionen waren so schwer beschädigt, daß sie unbewohnbar waren. Es fehlte also die Hälfte des Wohnraums der Vorkriegszeit.

In dieses zerstörte Land strömten nun zusätzlich noch die Millionen der Vertriebenen. Auf die Einheimischen kamen damit Probleme zu, die ihnen anfangs fast unlösbar schienen. ...<<

Der deutsche Publizist und Jurist Peter Grubbe (1913-2002, eigentlich Claus P. Volkmann) berichtet später über den "Einzug der Fremden im Dorf" (x039/207-208): >>Vor einer halben Stunde haben die Kirchenglocken den Gottesdienst ausgeläutet. Die Dorfstraße liegt wieder verlassen. In dem goldenen Stern, der als Wahrzeichen über der Tür des Gasthofes hängt, fängt sich blitzend ein Sonnstrahl.

Ihm gegenüber liegt die Gemeindeganzlei. Davor warten die Fremden.

Ein grauer Haufe. Etwa 30 Gestalten. Vor allem Frauen und alte Leute. Und Kinder. Nur zwei Männer sind dabei.

Ihre Gesichter sind farblos. Sie starren vor sich hin. Die Augen der meisten sind rot und entzündet. Von vielen Nächten ohne Schlaf, von der langen Fahrt in zugigen, schlecht schließenden Waggons. Vielleicht auch vom Weinen. Vor einer Stunde hat ein Lastwagen aus der Kreisstadt sie hier abgesetzt. Seitdem stehen sie hier. Zwischen ihren Bündeln und Säcken und Koffern aus Pappe, die mit Bindfaden zusammengebunden sind. Vertriebene, die von "drüben" kommen.

Vor der Tür des Wirtshauses steht der Bürgermeister mit dem Gemeindeganzleiarbeiter und zwei anderen Männern. Sie verhandeln mit der Wirtin, aber die schüttelt den Kopf.

"Das Haus ist voll. Mein Bruder ist ausgebombt. Außerdem habe ich kein Obdachlosenasyll hier. In der Baracke neben dem Spritzenhaus ist genug Platz. Und da kann nichts gestohlen werden."

Die Worte klingen schrill über den Platz. Der Bürgermeister geht zu den Wartenden, spricht mit ihnen. Von der Überfüllung des Ortes. Von der großen Zahl der Flüchtlinge, die schon gekommen sind. Und von der schweren Arbeit der Bauern.

Schweigend hören sie ihn an. Aber er fühlt, wie seine Worte gegen eine Wand prallen. Die Männer haben die Köpfe zur Seite gewandt. Die Frauen stehen im Halbkreis. Schließlich fängt eine von ihnen an zu reden. Daß sie seit Wochen unterwegs sind und schlafen wollen. Daß sie auch einmal Höfe hatten, die ihnen gehörten. Und daß im Gasthaus doch Platz ist.

Der Pfarrer kommt auf dem Fahrrad, begrüßt sie. Sie legen ihre Hände in die seinen, ohne ihn anzusehen. Er spricht ein paar Worte mit dem Bürgermeister, geht dann in das Wirtshaus. Nach einer Viertelstunde kommt er wieder heraus. Sein Gesicht sieht müde aus.

Gemeinsam mit dem Bürgermeister bittet er zwei von den fremden Frauen mitzukommen, um sich die Unterkunft anzusehen. Zu fünft gehen sie langsam zwischen den Häusern hindurch zu der Baracke neben dem Spritzenhaus, in der früher die Kriegsgefangenen untergebracht waren. Schweigend gehen sie durch die Räume. Die Fenster sind mit Pappe verschlagen. An der

Wand stehen ein paar Betten, einige Schränke mit aufgebrochenen Türen, Schemel aus Holz. In der Küche hat der Wind Asche über den Herd geweht. Es riecht nach Staub, nach altem Papier.

Schweigend kehren sie zu den Wartenden zurück. Die sehen ihnen entgegen. Ohne Neugierde. Und ohne Erwartung. Eine halbe Stunde später schiebt sich die graue Schlage der Fremden zur Baracke hinüber. Einzeln gehen sie durch das schmale Tor in dem rostigen Stacheldrahtzaun. Der Bürgermeister steht mit dem Pfarrer noch immer vor der Gastwirtschaft in leisem Gespräch. Die Straße ist immer noch leer. Aber hinter den weißen Gardinen, hinter den niederen Fensterscheiben folgen viele verstohlene Blicke dem stillen Zug.

Die Fremden sind eingezogen im Dorf.<<

Ein französischer Journalist, der im Jahre 1946 durch die britische Besatzungszone reist, berichtet (x114/1.142-143): >>Nichts verursacht so viele Angst- und Wahnvorstellungen wie eine Reise durch ein Land, das in Trümmern liegt.

In Hannover bestieg ich die Straßenbahn vor dem Hauptbahnhof und fuhr fast eine Stunde lang Kilometer für Kilometer an ausgebombten Häusern, Ruinen und verbrannten Gebäuden vorbei. In Bremen war es das gleiche. In Köln und Hamburg dann wieder dieselbe Erfahrung.

...

Die Tagesrationen, von denen die Menschen lebten, waren absurd. In Essen war ich bei einer Familie, deren junge Tochter frühmorgens zur Arbeit ging. Sie nahm eine einzige Scheibe Brot und eine Tomate als Essen für den ganzen Tag mit.

Die ganze Sache kam mir wie ein expressionistischer Film vor, den man nach 1918 in Deutschland gedreht hatte – in einer feindlich-grausamen und irrealen Atmosphäre.<<

1947

<p>Si vis pacem, cole iustitiam. - Wenn Du den Frieden willst, pflanze die Gerechtigkeit. <i>Inscript über den Toren des Haager Gerichtshofes</i></p>

01.01.1947

WBZ: Die nordamerikanische und die britische Besatzungszone werden am 1. Januar 1947 zu einem Wirtschaftsgebiet vereinigt (sog. "Bizonen").

Konrad Adenauer erklärt am 1. Januar 1947 in einem CDU-Aufruf, daß kein christlich-demokratischer Politiker einen Friedensvertrag unterschreiben werde, in dem man die Oder-Neiße-Linie anerkennen müßte (x111/269).

In der nordamerikanischen Zone werden bis zum 1. Januar 1947 etwa 11,7 Millionen Fragebogen ausgefüllt.

Alle deutschen Erwachsenen (ab 18 Jahre) werden aufgefordert, 131 Fragen zu beantworten. Jeder, der sich weigert, diesen Fragebogen auszufüllen, erhält kurzerhand keine Lebensmittelkarten. Die gerichtsähnlichen Verfahren vor den "Spruchkammern" enden mit der Einstufung in eine der 5 Kategorien: Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer oder Entlastete.

Es ist die Zeit der sog. "Jagd nach Persilscheinen" ("Persilscheine" = Ehrenerklärungen von überlebenden Juden, ehemaligen KZ-Häftlingen und anderen NS-Opfern).

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den "Persilschein" (x051/441): >>Persilschein, nach dem bekannten Waschmittel gebildete ironische Bezeichnung für Ehrenerklärung ("weißwaschen").

Der Begriff entstand während der Entnazifizierung, als positive Aussagen für Betroffene von anerkannten Gegnern des Nationalsozialismus, am besten von einem ehemaligen KZ-Häftling, buchstäblich hoch im Kurs standen. Es entwickelte sich ein verzweigtes Gefälligkeitssystem, das die ohnehin problematischen Entnazifizierungsmethoden weiter in Verruf brachte.<<

Die schwierige Beweislage führt häufig zu Ungerechtigkeiten. Ungezählte Personen, die über

Beziehungen und finanzielle Mittel verfügen, haben keine großen Probleme, ihre "Unschuld" bestätigen zu lassen. Als besonders ungerecht wird empfunden, daß zunächst nur die leichteren Fälle entnazifiziert werden, weil man "die größeren Nazis" erst später zur Verantwortung ziehen will.

Die "Demokratisierung der Gesellschaft" und die vollständige Ausschaltung der ehemals aktiven Nationalsozialisten wird in Westdeutschland nicht realisiert. Während "kleine Mitläufer" relativ hart bestraft werden, entgehen viele führende Personen des NS-Regimes einer Bestrafung. Die Entnazifizierung wird von den meisten Deutschen als ungerechte "Umerziehung" betrachtet und verachtet.

Werner Finck (1902-1978, Schauspieler, Kabarettist und Autor) schreibt damals über die Entnazifizierung (x115/239): >>Es steht mir natürlich kein Urteil zu. Aber, es ist das unangenehme Gefühl, daß man nicht mehr weiß, wer ist nun belastet und wer entlastet und wer ist Ankläger und wer ist Mitläufer. Vielleicht ist es in ein paar Jahren soweit, daß man auch da einen Schlußstrich macht.

Ich denke mir die Krönung der Entnazifizierung, daß die Spruchkammern vielleicht noch entnazifiziert werden, und wenn, dann wird man die Sache von vorn anfangen. Aber es muß mal zu einem Ende kommen.<<

Der deutsche Journalist Reinhard Henkys (1928-2015) schreibt später über die Probleme der Entnazifizierung (x129/161-162): >>Die Spruchkammern hatten zunächst damit begonnen, sich jenen – zum Teil auf Grund automatischen Arrests in Lagern einsitzenden – Personen zuzuwenden, von denen sie annahmen, daß sie als gering Belastete einzustufen wären, um ihnen nicht eine unzumutbar lange Haft aufzubürden.

Tatsächlich schnitten diese dadurch schlechter ab, daß das Gesetz zunächst mit Strenge gehandhabt wurde. Als schließlich die vermutlich Hauptbelasteten in größerer Zahl vor die Kammern kamen, hatte die öffentliche Meinung sich bereits grundlegend gewandelt, und die meisten von ihnen erhielten nur noch formale Strafen.

Abgesehen von den bei einem formellen Verfahren unvermeidlichen Fehlern in der Bemessung von Schuld und Strafmaß hatte das Entnazifizierungssystem die bedenkliche Folge, daß zahlreiche tatsächlich verbrecherischer Handlungen Schuldige nicht zur Verantwortung gezogen wurden und - mit dem Entnazifizierungsbescheid in der Tasche - bald wieder Positionen im öffentlichen Leben einnehmen konnten.

Die Spruchkammern waren nicht in der Lage, die ihnen in allzu großer Zahl zugeführten früheren Nationalsozialisten der Verbrechen zu überführen, deren sie in Wirklichkeit schuldig waren.

Das sog "Persilscheinsystem" kam in Schwung. Da die Spruchkammern nicht Schuldige ihrer Schuld zu überführen hatten, sondern die Angeschuldigten sich vor diesen Gremien "reinwaschen" mußten, besorgte sich jeder, der es irgend konnte, von früher verfolgten Menschen, von kirchlichen Stellen usw. schriftliche Bezeugungen, daß er verfolgten Menschen geholfen, abfällige Äußerungen über das nationalsozialistische System gemacht oder passiven Widerstand geleistet habe. ...

Ebenso schädlich war die psychologische Folge des Entnazifizierungssystems. Da praktisch durch die kollektive Verfolgung das ganze Volk unterschiedslos unter Anklage gestellt war, blühte die Selbstrechtfertigung auf. Man identifizierte zudem weithin die Spruchkammerverfahren mit den ordentlichen Prozessen und lehnte in der Folge die Suche nach nationalsozialistischen Verbrechern weithin ab.<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) berichtet später über die Entnazifizierung (x063/612-613): >>Die "Entnazifizierung" wurde ... in den 4 Besatzungszonen höchst unterschiedlich durchgeführt.

In der sowjetischen genügte es einerseits, ein "Kapitalist" zu sein, um als "Nazi" gebrand-

markt und verfolgt zu werden, andererseits aber konnten auch hochrangige, wirkliche Nazis sofort die Generalabsolution erhalten, wenn sie sich nur zum Kommunismus "konvertierten". In der französischen Zone dürften die Maßstäbe am mildesten gewesen sein, in der britischen und amerikanischen am methodischsten, aber oft auf Grund der falschen Methoden!

Auch kam es vielfach darauf an, ob man frühzeitig oder später "entnazifiziert" wurde, und auch "Protektion" – vor allem ausländische oder klerikale – war nicht ohne Bedeutung.

Der Fragebogen mit seinen ... (131) zum Teil schlichtweg törichten Fragen ist inzwischen in die Literatur eingegangen. In der amerikanischen Zone wurden bis zum Januar 1947 allein 11.674.152 Fragebogen ausgefüllt und eingereicht. Die Gesamtzahl stieg schließlich auf über 13 Millionen. ...

Die Entnazifizierungsbehörde der Militärregierung – beschäftigte sich mit 1,5 Millionen Fällen, 375.000 Personen wurden aus ihren beruflichen Stellungen entfernt. Die übrigen – insgesamt waren 3,3 Millionen "vom Gesetz" betroffen gewesen – fielen aus durch einige Amnestien, so die Jugendamnestie vom Juli 1946, zu Weihnachten 1946 die Amnestie für Kriegsbeschädigte, Invalide und jene mit geringem Vermögen und Einkommen. ...<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über die "Entnazifizierung" (x051/154-155): >>Entnazifizierung, Entfernung von Nationalsozialisten aus öffentlichen Ämtern und führenden Positionen der Wirtschaft nach 1945 in Deutschland (und Österreich); im weiteren Sinne auch die "Säuberung" des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens von nationalsozialistischem Gedankengut.

Ziel der von den USA konzipierten Entnazifizierung war, die personellen und ideellen Grundlagen des Nationalsozialismus und seines Herrschaftssystems völlig zu beseitigen und so die Voraussetzung für eine Demokratisierung Deutschlands zu schaffen.

Schon auf ihrer Konferenz in Jalta (Februar 45) hatten die Alliierten die Entnazifizierung zu einem Hauptziel ihrer Politik im besiegten Deutschland erklärt; im Potsdamer Abkommen vom 2.8.45 ordneten sie folgende Entnazifizierungsmaßnahmen an:

- 1) Auflösung der NSDAP, ihrer "Gliederungen und Unterorganisationen";
- 2) Verbot "jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda";
- 3) Aufhebung der nationalsozialistischen Gesetze;
- 4) Verhaftung und Internierung der nationalsozialistischen Parteiführer, "einflußreicher" Anhänger des Nationalsozialismus, der Leiter der nationalsozialistischen Ämter und Organisationen "und aller anderen Personen, die für die Besetzung (Deutschlands durch die Alliierten) und ihre Ziele gefährlich sind";
- 5) Entfernung aller mehr als bloß nominellen Mitglieder der NSDAP und "aller Personen, die den alliierten Zielen feindlich gegenüberstehen", aus den öffentlichen und halböffentlichen Ämtern sowie aus Führungspositionen der Privatwirtschaft;
- 6) völlige Reinigung des Erziehungs- und Bildungswesens von "nazistischen und militaristischen Lehren" und dessen Überwachung (Reeducation).

Die Entnazifizierung wurde zunächst auf der Grundlage der vom Alliierten Kontrollrat erlassenen Gesetze, insbesondere Nr. 1 (vom 20.9.45) und Nr. 2 (vom 10.10.45), durchgeführt, am intensivsten in der amerikanischen Zone. Hier mußte jeder Inhaber eines öffentlichen Amtes oder einer sonstigen höheren Stellung und jeder Bewerber dafür einen ausführlichen Fragebogen ausfüllen; aufgrund seiner Angaben wurde der Betreffende in eine von sechs Kategorien ("automatisch zu arretieren", "entlassungspflichtig", "Entlassung empfohlen", "Entlassung nicht empfohlen", "kein Beweis für NS-Aktivitäten" oder "Anti-NS-Aktivität bewiesen") eingestuft.

Dieses durch Kontrollratsgesetz vom 25.12.45 auch auf die anderen Besatzungszonen übertragene, dort aber nur teilweise durchgeführte Entnazifizierungsverfahren wurde schon Ende 45 revidiert, wohl auch deshalb, weil es zu einem akuten Personalmangel v.a. in der öffentlichen

Verwaltung führte.

Das von der Landesregierung der US-Zone erlassene "Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialisten und Militarismus" vom 5.3.46 teilte die (ehemaligen) Nationalsozialisten (ohne die eines Kriegsverbrechens Beschuldigten) in fünf Kategorien ein: 1) Hauptschuldige, 2) Belastete, 3) Minderbelastete, 4) Mitläufer, 5) Entlastete.

Die Entnazifizierung wurde lokalen deutschen "Spruchkammern" übertragen, die der Aufsicht der "Befreiungsministerien" der Länder unterstanden. Die Kontrollratsdirektive vom 12.10.46 übertrug dieses Verfahren auch auf die anderen Zonen.

Die v.a. von den Kirchen und den konservativen deutschen Parteien kritisierte Entnazifizierung mit ihrer Persilschein-Korruption wurde seit Ende 47 gemäßigt: Die US-Militärregierung gewährte jungen und sozial schwachen Betroffenen eine Amnestie (rund 2,8 Millionen Fälle); der französische Militärgouverneur amnestierte alle bloß nominellen Nationalsozialisten (Verordnungen vom 17.11.47 und 13.7.48); in der sowjetischen Zone hatte schon ein Befehl der Militärregierung vom 16.8.47 die bloß nominellen Nationalsozialisten mit den übrigen Bürgern gleichgestellt; der Befehl vom 26.2.48 beendete dort die Entnazifizierung.

Nach Gründung der Bundesrepublik (September 49) ging die Zuständigkeit für die Entnazifizierung in Westdeutschland völlig auf die Länder über; doch wurden nur noch Personen der Kategorien 1 und 2 weiter verfolgt und auch diese zum Großteil amnestiert. Die in allen Ländern zwischen 1949 und 54 erlassenen "Abschlußgesetze" schränkten die Entnazifizierung und ihre Folgen weiter ein: Aufgrund des sogenannten 131er-Gesetzes vom 11.5.51 (Ausführungsgesetz zum Artikel 131 Grundgesetz) wurden fast alle von der Entnazifizierung betroffenen Beamten wieder eingestellt.

In der DDR stellte das Gesetz vom 2.10.52 alle ehemaligen Nationalsozialisten (außer den "Kriegsverbrechern") rechtlich mit den übrigen Bürgern gleich.

Nach einer Aufstellung des Bundesinnenministeriums vom Februar 50 wurden von der Entnazifizierung in den westlichen Zonen bzw. der Bundesrepublik rund 6,08 Millionen Menschen betroffen. Davon wurden fast 1.700 in die Kategorie 1, rund 23.000 in 2, rund 150.400 in 3 und rund 1,006 Millionen in 4 eingestuft; bei 3,939 Millionen wurde das Verfahren eingestellt. Insgesamt gingen so fast 98 % der Betroffenen als "Entlastete" oder bloße "Mitläufer" aus den Entnazifizierungsverfahren hervor.<<

06.01.1947

WBZ: In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden vom 6. Januar bis zum 2. Februar 1947 täglich nur 1.515 bzw. 1.534 Kalorien zugeteilt (x117/31).

07.01.1947

WBZ: Konrad Adenauer schreibt am 7. Januar 1947 (x095/60-61): >>... Sie fragen mich nach meiner Ansicht über die Zukunft des deutschen Ostens.

Es hat den Anschein, als ob zwischen den angelsächsischen Mächten und Rußland eine Verständigung dahingehend stattgefunden hat, daß die letzteren die Oder-Neiße-Linie anerkennen und daß dafür die Russen die wirtschaftliche Vereinigung des Restes ihrer Zone mit den übrigen Zonen einwilligen.

Meinen Standpunkt dazu habe ich in einer Neujahrsbotschaft an die CDU der britischen Zone bekanntgegeben. Ich habe darin gesagt: Kein Angehöriger der CDU werde m.E. einen Friedensvertrag unterschreiben, der die Oder-Neiße-Linie enthalte.

Was die fernere Zukunft bringen wird, das steht ganz dahin. Kein Mensch kann es wissen. Uns bleibt nur eins übrig: alles zu tun, was in unseren Kräften steht, um die gesunden und wertvollen Eigenschaften unseres Volkes zu erhalten und weiter zu entwickeln. ...<<

11.01.1947

USA: Der französische Politiker Maurice Schumann erklärt am 11. Januar 1947 während einer Rede in Nordamerika (x156/52-54): >>Was ist unser Ziel? Und was ist Ihr Ziel? ...

Wir wollen verhindern, daß Europa wieder zum Schlachtfeld und Frankreich wieder zum Friedhof wird, auf dem Tausende Ihrer Söhne - wie ihre Väter und Großväter - Seite an Seite mit den Söhnen Frankreichs begraben liegen würden.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir ein Europa aufbauen und dann Deutschland in dieses Europa hineinbauen - wir sind die ersten, die für eine solche Entwicklung eintreten würden. Aber andererseits dürfen wir nicht versuchen, Europa um Deutschland herum aufzubauen. Denn dann würde es, wie uns die bittere Erfahrung gelehrt hat, kein Europa und damit keinen Frieden geben. Aufstellung und Befolgung dieser Reihenfolge im Verfahren hängen von den Vereinigten Staaten ab. ...

Erstens: der Friedensvertrag muß die Wiedererrichtung eines stark zentralisierten Reichs unmöglich machen. Wenn in der Hauptstadt dieses zukünftigen Reichs ein von ganz Deutschland in allgemeiner Wahl gewählter Reichstag sitzen sollte, so gäbe es nichts, was diese souveräne Körperschaft daran hindern könnte, wieder einen Bismarckschen Staat zu schaffen.

Wenn wir dagegen einen lebensfähigen Bundesstaat aus Deutschland machen wollen, müßten alle Mitgliedstaaten Wirtschaftseinheiten von ausreichender Stärke darstellen und eine eigene, den Eigenarten des Gebietes oder der Provinz angepaßte Verfassung haben und dann müßte jedes Land eine Anzahl von Vertretern in den Bundesrat abordnen.

Diese aus Provinzparlamenten gewählte Versammlung würde ihrerseits die Bundesregierung bestimmen, deren Befugnisse streng auf wirtschaftliche und diplomatische internationale Beziehungen begrenzt sein müßten. Es würde keinen Staatschef geben. Aber einer der Minister könnte in jährlichem Turnus jeweils die Funktion des Präsidenten ausüben. Diesen Grundsätzen, die in den Friedensvertrag aufzunehmen wären, sollte die zukünftige Verfassung des Reichs entsprechen.

Zweitens: es genügt ein Blick auf die Landkarte des heutigen Europa und auf die verschiedenen darauf verzeichneten de-facto-Grenzen, um zu verstehen, daß im Friedensvertrag keine allgemeine Festsetzung der Besetzungszeit enthalten sein sollte, vor allem nicht für das Rheinland. Wenn die besetzten Westgebiete bald oder nach einer jetzt festgelegten Zeitspanne geräumt würden, würde sich der Mangel an Gleichgewicht unter dem Europa schon jetzt leidet, noch ungemein verschärfen, wie jedermann leicht verstehen kann.

Nur in dem Maße, wie dieses Gleichgewicht zwischen Ost und West wiederhergestellt und das neue föderalistische und demokratische Deutschland wirklich fest begründet ist, sollten die Besatzungsmächte - und nur sie allein - entscheiden, wann und wie sie ihre Truppen zurückziehen.

... Das bedeutet, daß die großen Schätze, die der deutsche Boden birgt, zum Wohle der ganzen europäischen Gemeinschaft einschließlich Deutschlands ausgenutzt werden sollten, anstatt von Deutschland gegen die europäische Gemeinschaft ausgebeutet zu werden wie bisher.

Sie wissen, daß Frankreich das einzige Land in Europa ist, dessen Bergwerke heute ebensoviel und mehr Kohle fördern als vor dem Krieg. ... Aber selbst vor dem Krieg, als wir nicht so furchtbar verwüstetes Land wiederaufzubauen hatten, mußten wir jährlich etwa 20 Millionen Tonnen Kohle einführen. Heute hätten wir ohne die amerikanischen Lieferungen trotz der heroischen Leistungen unserer Arbeiter nicht einmal genug Kohle, um unsere Fabriken in Betrieb zu halten. Unsere Privathäuser sind natürlich fast gänzlich ohne Heizung, so streng der Winter auch sein mag.

Ich brauche nicht zu erwähnen, daß wir sehr dankbar für die amerikanischen Lieferungen sind. Aber es ist gerecht und vernünftig, daß Sie nun verpflichtet sein sollten, uns Kohlen zu schicken, und daß das Leben Frankreichs von Monat zu Monat davon abhängig sein soll, was Sie uns schicken können, während das Ruhrgebiet vor unseren Toren liegt?

Wenn ich dies Frage auf die moralische Ebene bringen sollte, hätte ich das Recht zu sagen: Wenn es schon sein muß, daß die Lebensinteressen eines von uns beiden durch den Kohlen-

mangel leiden müssen, dann sollte Deutschland an erster Stelle leiden und dann erst Frankreich. Denn eine solche Reihenfolge wäre für Deutschland der einzig konkrete Weg, zur Wiedergutmachung dessen beizutragen, was es zerstört hat oder was durch seine Schuld zerstört wurde.

Aber – um auf der politischen Ebene zu bleiben – ich glaube, ich habe Ihnen die logische Entwicklung unserer These gezeigt: Um eine europäische Gemeinschaft zu schaffen, müssen die Hilfsquellen, die bisher nur zur Kriegsvorbereitung benutzt wurden, neutralisiert und für ganz Europa ausgebeutet werden anstatt für Deutschland allein. Eine solche Verteilung ist unmöglich, ja sogar unvorstellbar, wenn nicht die Hauptquellen, nämlich die des Ruhrgebietes, einer internationalen Behörde unterstellt werden.

Es dürfte schwierig sein, dieses Argument zu widerlegen. Aber wenn Sie mir gestatten, ganz offen zu sein, so möchte ich sagen, ich habe den Eindruck, daß gewisse wohlmeinende Leute gegen die Errichtung einer internationalen Behörde für das Ruhrgebiet sind, weil sie darin eine Möglichkeit sehen, die Sowjet-Union nach dem Westen hineinzuziehen. "Die Sowjets sind schon jetzt an der Oder und an der Spree", sagte einer meiner englischen Bekannten neulich zu mir, "warum müßt Ihr sie auch noch an den Rhein holen?"...

Es ist klar, daß es ohne eine internationale Kontrolle des Ruhrgebiets keine deutsche Entwaffnung gibt. Es ist ebenfalls klar, daß alles, was die deutsche Abrüstung betrifft, von unmittelbarem Interesse für die Sowjetunion ebenso wie für Frankreich ist, da sie zweimal innerhalb von 25 Jahren eine Invasion erlebte, durch die Gebiete wie die Ukraine, die so groß wie ganz Frankreich ist, ausgebrannt, geplündert und verwüstet worden sind.

Eine Beteiligung der Sowjetunion an der internationalen Kontrolle des Ruhrgebietes wäre also vollkommen zu rechtfertigen. Diese Beweisführung kann aber auch umgekehrt werden; wenn es fair ist, daß die Sowjetunion sich mit uns am Ruhrgebiet und Rheinland beteiligt, wäre es ebenso fair, daß wir mit den Sowjets an den Produktionen Schlesiens, Sachsens und des Donaugebiets teilhaben. ...<<

12.01.1947

WBZ: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) erklärt am 12. Januar 1947 während einer Rede im Münchener Zirkus Krone, daß seit der Besetzung Deutschlands ein "Dauerzustand von Unehre, Hunger und geistiger Sklaverei" herrschen würde (x111/273).

14.01.1947

Berlin: Die "United-Press" berichtet am 14. Januar 1947 über die Hinrichtung von 2 NS-Verbrechern (x043/253): >>Im Berliner Gefängnis in der Lehrterstraße sind heute morgen 2 Frauen enthauptet worden.

Es handelt sich um die Ärztin Hilde Wernicke und die Pflegerin Helene Wieczorek, denen zur Last gelegt worden war, Hunderte von geisteskranken Personen durch "Gnadentötung" beseitigt zu haben. ... Sie töteten ihre Opfer durch Einspritzungen.<<

16.01.1947

WBZ: Konrad Adenauer schreibt am 16. Januar 1947 (x095/62): >>... Dem Jahre 1947 sehe ich sehr sorgenvoll entgegen, und zwar nicht nur als Deutscher, sondern auch als Europäer und als ein Mann, der von der Bedeutung des Abendlandes für die gesamte Menschheit zu tiefst durchdrungen ist.

Ich fürchte, daß man den 1918 begangenen Fehler in um ein Vielfaches verstärkter Weise wiederholt.

Dabei bin ich mir über die Schuld des größten Teiles des deutschen Volkes völlig klar. Ich finde es weiter menschlich verständlich, daß diejenigen, die unter dem Kriege gelitten haben, ein für alle Male Schluß machen möchten mit Deutschland.

Aber ich meine, es müssen sich doch auch in den alliierten Ländern Menschen finden, die an

die kommenden Generationen und die kommenden Zeiten denken. ...<<

17.01.1947

UdSSR: Die "Prawda" meldet am 17. Januar 1947, daß man Generalleutnant von Pannwitz (ehemaliger deutscher Wehrmachtsoffizier einer Kosakeneinheit) und 5 Kosakenoffiziere in Moskau gehängt hat (x130/268).

Lord Nicholas W. Bethell schreibt später in seinem Buch "Das letzte Geheimnis" über diese Hinrichtungen (x130/268): >>... Von diesen sechs Männern, deren Hinrichtung öffentlich verkündet wurde, war nur einer gemäß dem Jalta-Abkommen repatriierungspflichtig gewesen.

Von Pannwitz war Deutscher, sprach Russisch im übrigen nur deshalb, weil er aus dem Baltikum stammte. Die anderen vier hatten seit Bestehen der Sowjetunion niemals dort gelebt.

Nur eine hauchdünne gesetzliche Basis konnte ihre Auslieferung durch die Briten und ihre Hinrichtung durch die Sowjetunion stützen. Sie waren nicht wegen Kriegsverbrechen angeklagt, sondern wurden verurteilt, weil sie gegen die sowjetischen Truppen gekämpft hatten, womit automatisch verbunden wurde, daß dies ein Akt des Verrats gewesen sei. ...

Die Kosaken waren vielleicht naiv. Aber man kann angesichts der Verbrechen des sowjetischen Staates, deren ganzes Ausmaß erst jetzt enthüllt worden ist, schwerlich behaupten, daß sie eine Bestrafung wie gewöhnliche Verräter verdienten.<<

18.01.1947

WBZ: Der CDU-Politiker Konrad Adenauer schreibt am 18. Januar 1947 an den ehemaligen Reichsinnenminister Wilhelm Sollmann (x111/275): >>... Die Befreiung ist eine grausame und harte Enttäuschung. Wenn nicht ein Wunder geschieht, geht das deutsche Volk zugrunde, langsam aber sicher! ...<<

22.01.1947

WBZ: Finanzminister Kraus erklärt im bayerischen Landtag am 22. Januar 1947, daß die bisherigen Besatzungskosten rund 724 Millionen RM betragen und der Zusammenbruch unausweichlich sei, falls sich die Politik der Besatzer nicht grundlegend ändern würde (x111/275-276).

Die nordamerikanische und die britische Militärregierung einigen sich über die Gründung des Landes Bremen.

Bremen, Wesermünde und Bremerhaven werden am 22. Januar 1945 als eigenständiges Land Bremen gegründet und Bestandteil der US-Zone.

24.01.1947

WBZ: Die "Neue Zeitung" berichtet am 24. Januar 1947 (x114/2.119): >>... Das Land Bremen ist am 22. Januar 1945 durch ein Abkommen zwischen dem stellvertretenden amerikanischen und britischen Militärgouverneuren und durch eine Proklamation des Obersten Befehlshabers der amerikanischen Streitkräfte in Europa, General Joseph McNarney, als viertes Land des amerikanischen Besatzungsgebietes konstituiert worden.

Damit untersteht es der amerikanischen Militärregierung und wird wie die drei anderen Länder im Länderrat und bei den zwei Zonenbehörden vertreten sein. Das neue Land besteht aus der Stadt Bremen mit 388.665 Einwohnern, dem Landgebiet Bremen und dem Stadtkreis Wesermünde (einschließlich Bremerhaven) mit 101.894 Einwohnern.

Die britische Regierung bleibt zuständig für die Kreise Wesermünde, Osterholz, Wesermarsch und Delmenhorst.<<